

Es geht um nicht weniger als um unsere Demokratie

Die Mitbestimmung des Volkes bildet die Essenz der Schweiz. Heute ist sie von drei Seiten her akut bedroht



Paul Widmer

Was macht das Wesen der Schweiz aus? Dass die Bürger mehr politische Freiheit haben als in andern Ländern. Sie können mehr selber entscheiden, müssen aber auch mehr Verantwortung übernehmen. Unser Staatswesen ist anspruchsvoll. Es fordert viel von seinen Bürgern. Leider nimmt das Verständnis dafür ebenso ab wie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Das Schweizer Modell ist von drei Seiten her gefährdet.

Erstens ein abserbelnder Föderalismus. Die direkte Demokratie kommt ohne föderale Strukturen nicht aus. Damit jeder Bürger am staatlichen Geschehen teilnehmen kann, muss man die Entscheide auf möglichst tiefer Stufe fällen. Im Normalfall heisst das auf Gemeindeebene. Dort können jene, die von den Entscheiden direkt betroffen sind, am besten ihre Meinung einbringen und sich für das Gemeinwesen einsetzen. Doch das Engagement der Bürger lässt nach. Statt sich selbst um das Gemeinwohl zu kümmern,

ziehen sie es vor, eine Aufgabe nach der andern an den Staat zu delegieren. Das ist keine gute Entwicklung. Wo der Bürger abdankt, macht sich der Bürokrat breit, und um ein Stück Freiheit ist es geschehen. Der Zentralstaat ist nur allzu gern bereit, seine Tentakel nach allen Seiten auszustrecken.

Zweitens die Aushebelung der Demokratie durch expansive Rechtsprechung. Unsere direkte Demokratie gerät immer häufiger in Konflikt mit internationalen Verträgen. Der Druck, die Volksrechte einzuschränken, steigt. Worauf läuft das hinaus? Auf eine Entkernung unserer Demokratie. Das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht muss dringend überdacht werden. Das ist nicht einfach. Wohl deshalb schiebt die Politik die Sache lieber vor sich her. Das Bundesgericht seinerseits lieferte einen bestürzenden Beitrag. Im Alleingang erklärte eine Abteilung, bei einem Konflikt zwischen der Europäischen Menschenrechtskonvention und einem Volksentscheid gehe die Konvention generell der Verfassung vor - als ob ein Entscheid von solcher politischer Tragweite nicht vom Parlament oder vom Volk gefällt werden müsste. Macht dieses Beispiel Schule, wird der Souverän in vielen Fragen zum Statisten degradiert.

Mit derlei Übungen zaubert man das Problem nicht weg. Die Kernfrage, inwieweit wir unsere Demokratie beschneiden lassen, bleibt - nicht nur in der Schweiz. Dieter Grimm, ein hochangesehener ehemaliger



Kein vernünftiger Mensch versteht, was eine solche Salärpolitik noch mit gerechter Entlohnung zu tun haben soll.

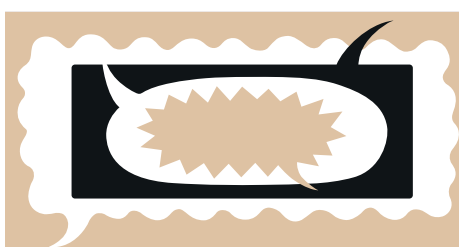
Verfassungsrichter und vordem auch Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, warnt davor, die nationale Demokratie zu schmälern - nicht weil er am Nationalstaat hänge, sondern weil er um die Demokratie fürchte. In der Schweiz haben wir doppelten Grund, uns darüber Gedanken zu machen.

Drittens ein Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die soziale Kohäsion ist in der Schweiz mit ihrer auf Konsens ausgerichteten Politik traditionell stark. Nicht umsonst nennen wir uns offiziell «Eidgenossenschaft». Der Zusammenhalt wurde allerdings in den letzten Jahren auf den Teppichetagen börsenkotierter Firmen mit der Zuteilung irrwitziger Boni erschüttert. Kein vernünftiger Mensch versteht, was eine solche Salärpolitik noch mit gerechter Entlohnung zu tun haben soll. Und in der Finanzkrise waren es nicht die selbsterhellenden Manager, die für ihre Fehlentscheide haften mussten, sondern die Aktionäre und manchmal auch der Staat. Kein Wunder, dass Unmut die Solidarität zu ersetzen beginnt. Das aber geht ans Eingemachte. Denn der soziale Frieden ist die Grundlage unserer politischen Stabilität, die ihrerseits den entscheidenden Standortvorteil für die Schweiz bildet. Auch Wirtschaftsführer müssen ihren Beitrag zu unserer Demokratie leisten. Sie dürfen nicht den Boden untergraben, auf dem wir stehen.

Paul Widmer ist alt Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



ILLUSTRATION: GABRI KOPP



Showdown

Francesco Benini

Kaum ist man aus den Ferien zurück, sinkt einem die Stimmung in den Keller. In den Medien ist schon wieder von «Bitcoin» die Rede. Die Zuger Stadtverwaltung ermögliche es den Bürgern, ihre beanspruchten Leistungen mit Bitcoin zu begleichen, liest man. Was zum Henker soll das heissen? Es gibt Begriffe, die sich immer wieder in die Medien schleichen und uns jedes Mal schmerzhaft bewusst machen, dass wir keine Ahnung haben, was sie bedeuten. Bitcoin. Nachhaltig. Proaktiv. CVP. Kann man den Mitgliederbeitrag an die CVP eigentlich mit Bitcoin leisten, sozusagen proaktiv, damit das Ganze sicher nachhaltig ist? Es geht die Rede, bei Bitcoin handle es sich um eine virtuelle Währung. Da muss ich sagen, die Kröten habe ich am liebsten ganz konkret in meiner Brieftasche oder allenfalls auf dem Bankkonto. Ganz sicher aber nicht virtuell. «Hast du gehört, Hanspeter hat eine Million im Lotto gewonnen und ist trotzdem bedrückt.» - «Wieso das denn?» - «Er knackte den virtuellen Jackpot.»

Seien wir ehrlich, Bitcoins sind etwas für Leute, die sich von Erich von Dänikens Prä-Astronautik begeistern lassen. Bitcoins haben etwas von Uri Gellers Löffelbiegerei - man ist für Sekunden verblüfft, aber weiss genau, dass etwas faul ist. Eine Währung, die auf einer sogenannten Blockchain beruht, welche die Daten sowohl redundant als auch dezentral speichert - wer soll die ernst nehmen? Das ist ein monetäres Kasperltheater sondergleichen. Nicht zu vergessen die digitale Signatur, die es bei jeder Transaktion braucht. Und erst recht das asymmetrische kryptografische Verfahren! Muss bald einen mehrjährigen Informatiklehrgang absolvieren haben, wer in der Beiz eine Stange bezahlen will?

Die Bitcoins können uns gestohlen bleiben. Schlimm ist der Verlust nicht; es gibt sie ja sowieso nur virtuell.

Medienkritik

Er hat «Neger» gesagt!



Christina Neuhaus

SVP-Nationalrat Erich Hess hat im Stadtberner Parlament, dem er angehört, von «dealenden Negern» gesprochen, und nun droht ihm eine Klage. Die jungen Grünen und die Jusos wollen ihn anzeigen und so ein Zeichen gegen Rassismus setzen.

Hess, der im Zusammenhang von Flüchtlingen auch schon von Ameisen sprach, muss einem nicht leidtun. Er ist 36 und weiss, dass der Begriff heute als Beleidigung gilt. Dass der Politiker nun einer Anzeige entgegenseht, hat allerdings weniger mit seiner Wortwahl zu tun als mit der Berichterstattung darüber: Im Berner Stadtrat, wo Hess den Begriff im Zusammenhang mit einem Raumplanungsgeschäft benutzte, löste das Wort Neger nämlich nicht viel mehr als genervtes Augenverdrehen aus. Erst als ein Journalist des Online-Magazins «Vice» den Ausrutscher thematisierte, nahm die Sache Fahrt auf.

Die Idee für den Artikel lieferte, wie der Autor auf Anfrage sagt, «ein Facebook-Post in unserer Bubble». Jemand habe davon gesprochen, dass Erich Hess einfach «Neger» sagen könne und nichts passiere. Der «Vice»-Journalist las daraufhin in den



Heute reicht es offenbar, die Geschichte eines Berufskollegen weitzudrehen, der einem Facebook-Post nachgegangen ist.

Ratsprotokollen nach, wie der Berner Stadtrat reagiert hatte, und konfrontierte danach die Fraktionschefs und den Ratspräsidenten mit der Frage, die seine Online-Bekanntheit beschäftigte. Der Artikel, den er schliesslich schrieb, trug den Titel «Ein Nationalrat spricht von Negern und keinen interessiert's». Am Text und an der Recherchiermethode des «Vice»-Journalisten gibt es nichts auszusetzen. Bedenklich ist dagegen, wie eifertig andere Zeitungen auf den fahrenden Zug aufsprangen. Am schnellsten war, wie so oft, der «Blick». Aber auch andere Redaktionen nahmen die Geschichte dankbar auf. «Hess hat «Neger» gesagt!», teilten sie ihren Lesern mit kaum verhohlener Erregung mit. Empört euch!

Während die - übrigens mehrheitlich rot-grünen - Berner Volksvertreter Hess lieber ignorierten, als ihm ein zusätzliches Podium zu bieten, drehten die Journalisten an der Empörungsschraube. Dazu mussten sie weder einen Fuss ins Berner Rathaus setzen noch zusätzliche Recherchen anstrengen. Um die Geschichte weiter auswalzen zu können, genügten ihnen die Erkenntnisse eines Berufskollegen, der einem Facebook-Post nachgegangen ist.

Das Problem dabei ist nicht die Bubble von «Vice», sondern die der online vereinigten Journalisten. Wie die reale Welt mit einem Thema umgeht, interessiert sie immer weniger. Stattdessen sagen sie der Welt, wie diese mit einem Thema umgehen soll. In diesem Fall hat es funktioniert: Die Jusos und die jungen Grünen haben den Auftrag willig ausgeführt.

Grenzerfahrung

Und die Tessinerinnen?



Barbara Hofmann

Was am 1. August im Tessin passiert ist, erinnerte an Zeiten, die man längst überwunden glaubte: Männliche Seilschaften in der Tessiner FDP hebelten Laura Sadis, die seriöse und hochqualifizierte Kandidatin für die Bundesratswahl, ganz einfach aus. Sadis selbst hatte - Realistin, die sie ist - von vornherein erklärt, den Entscheid zu akzeptieren, wohlwissend, dass sie ohnehin keine Unterstützung für eine Kandidatur erhalten würde. Das alles wiegt schon schwer genug. Noch schwerer wiegt, dass keine Reaktion stattfand. Nichts. Schweigen in der Tessiner FDP, Schweigen in den übrigen Parteien, Schweigen im Kanton. Niemand wagte auch nur ein öffentliches Wort gegen das von vielen Männern favorisierte männliche Einerticket der Tessiner FDP mit Kandidat Ignazio Cassis.

«Die göttliche Ordnung» lautet der Titel des Films über die Einführung des Schweizer Frauenstimmrechts. Dort heisst es, dass es gegen die göttliche Ordnung sei, wenn Frauen in der Politik mitbestimmen wollten. Im Tessin scheint man diese göttliche Ordnung wiederherstellen zu wollen. Der Tessiner Staatsrat, die Kantonsregierung, besteht

nur aus Männern. In den letzten Jahren sind die Frauen aus fast allen wichtigen Tessiner Exekutiven verschwunden und/oder von der politischen Bühne abgetreten: Carla Speziali, die Bürgermeisterin von Locarno, die Staatsrätinnen Marina Masoni, Patrizia Pesenti und Laura Sadis, und zum Schluss die Luganeser Stadträtin Giovanna Masoni Brenni, Kulturbeauftragte der Stadt Lugano und zuständig für den Aufbau des LAC, des neuen Luganeser Kulturzentrums. Nahezu alle liessen durchblicken, dass sie in vielen Grabenkämpfen alleingelassen wurden. Bei einigen war die Obstruktion, die sie erfuhren, in den Medien zu lesen und für alle sichtbar, bei anderen fand sie eher im Verborgenen statt. Am positivsten drückte es Masoni Brenni aus: «Die schönen Dinge sind schwierig.»

Auch in den Tessiner Medien sucht man Chefinnen wie die Nadel im Heuhaufen. Es gibt nur eine einzige Frau in leitender Stellung: die Chefredaktorin des katholischen «Giornale del Popolo». In den Talkshows des hochsubventionierten RSI, des Fernsehens und Radios italienischer Sprache, sitzen Männer meist einträchtig zusammen. Nahezu die einzige Frau, die jeweils eingeladen wird, ist SP-Nationalrätin Marina Carobbio - doch falls sie nicht kann, wird meist ein Mann aufgeboten. Männer unterstützen am liebsten Männer.

Es wird Zeit, dass die Tessiner Frauen aufwachen und sich auf die Hinterbeine stellen. Sonst ist der Kanton nahe daran, die göttliche Ordnung wiederherzustellen.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.